

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Brüderle lässt im Wirtschaftsausschuss viele Fragen offen

Zum Antrittsbesuch des Bundeswirtschaftsministers im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages in der letzten Woche erklärt Garrelt Duin: „Bei seinem Antrittsbesuch im Wirtschaftsausschuss blieb Bundeswirtschaftsminister Brüderle blass und ließ viele Fragen offen. Auf

die Aufzählung von Fakten, die als Kennzahlen der deutschen Wirtschaft bereits bekannt sind, folgten Platituden zu fehlenden Kompetenzen in der Exekutive. Die Verwaltung verfüge nicht über das notwendige Fachwissen um ein Unternehmen oder eine Bank erfolgreich zu führen. Diese

Erkenntnis hält Brüderle aber nicht davon ab, die Banken mit staatlichen Eingriffen auf Kurs bringen zu wollen. Fundierte und nachhaltige Konzepte blieb der Bundeswirtschaftsminister dem Ausschuss schuldig.

Brüderle will jetzt mit Maßnah-

men klotzen, die sofort Wachstum schaffen, kann aber nur ein Päckchen schnüren, das einige Branchen tätschelt. Die Mehrwertsteuer für Hotels zu senken und die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern sollen jetzt die Lösung sein. Das ist Klientelpolitik in Reinkultur.“

Neues Amt: Wirtschaftspolitischer Sprecher gewählt

Garrelt Duin ist in der vorletzten Sitzungswoche von der SPD-Bundestagsfraktion zum neuen wirtschaftspolitischen Sprecher gewählt worden. „Ich freue mich sehr darüber, dieses wichtige Amt übernehmen zu dürfen. Die neue Bundesregierung ist gerade dabei, eklatante Fehlentscheidungen in der Wirtschaftspolitik zu fällen. Deshalb ist es so wichtig, dass die SPD ihr wirtschaftspolitisches Profil schärft und Alternativen zur uninspirierten und unkoordinierten Steuersenkungspolitik von Schwarz-Gelb aufzeigt“, sagte Duin nach seiner Wahl in Berlin.

Der Betriebsratsvorsitzende der Meyer Werft (Papenburg), Erwin Siemens, begrüßte die Wahl Duins zum wirtschaftspolitischen Sprecher und übermittelte seine Glückwünsche. „Garrelt Duin steht für Fachkompetenz und regionale Verbundenheit. Ich bin



Garrelt Duin führt nun die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion.

sicher, gerade für die Maritime gute Wahl getroffen. Seine europapolitische Erfahrung wird ihm in seinem neuen Amt sicherlich

helfen. Schließlich ist Wirtschaftspolitik auch immer, global zu denken“, sagte Siemens.

Duin war von der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion mit 7:1 Stimmen für das Amt nominiert worden. Im Anschluss an die Wahlen gratulierte Duin den Mitgliedern der niedersächsischen Landesgruppe im Bundestag, Caren Marks, Matthias Miersch und Wilhelm Priesmeier, die ebenfalls Sprecherposten in der SPD-Bundestagsfraktion bekleiden werden. Caren Marks wird weiterhin für das Themenfeld Familie, Senioren, Frauen und Jugend sprechen, Matthias Miersch übernimmt erstmalig den Bereich Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Wilhelm Priesmeier ist für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zuständig.

„Wachstumsverhinderungsgesetz“

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz geht die Regierung ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer ein. Durch das Gesetz droht keine Förderung, sondern eine Hemmung des Wachstums. Es befriedigt Klientelwünsche, führt neue Subventionen und Privilegien ein. Dieses Geschäft geht direkt zu Lasten der Investitionen in Bildung und Forschung und zu Lasten unserer Kinder und Enkel, die schlechtere Kindergärten und Schulen, dafür aber mehr Schulden und Zinsen bekommen.

SPD bietet Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an

Wir fordern Angela Merkel auf, zur Vernunft zu kommen und auf unsinnige Klientelgeschenke zu verzichten. Stattdessen bieten wir einen Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an, um die erforderlichen Zukunftsinvestitionen in Deutschland zu mobilisieren. Wir wollen, dass der Bund jedes Jahr 10 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert und dabei den Ländern bei ihren Aufgaben entgegen kommt. Was nützt es, wenn die Bundesregierung ihren Teil am 10-Prozent-Ziel gerade so erreicht, aber den Ländern den Boden unter den Füßen wegzieht? Wir stehen, wo es um die Zukunft Deutschlands geht, für die gesamtstaatliche Verantwortung und für die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen.

Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung

Für uns ist klar: Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges. Auch nach Einschätzung der Sachverständigen bei der Anhörung des Finanzausschusses verfehlt das Gesetz das Ziel der Wachstumsstärkung. Die Hauptkritik insbesondere der Wirtschaftswissenschaftler richtet sich gegen die Absicht von Schwarz-Gelb, trotz

des enormen Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte umfangreiche Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung durchzusetzen.

Raubzug auf Kosten der Zukunft

Der Sachverständigenrat stellt fest, dass sich Steuersenkungen selbst unter günstigsten Bedingungen nur zu einem geringen Anteil selbst finanzieren. Vor allem die kommunalen Spitzenverbände warnen deshalb davor, dass die durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle, die bereits angespannte Einnahmehasis des Staates zusätzlich schwächen. Länder und Kommunen haben deshalb keine andere Wahl, als die Steuerausfälle durch Kürzung der Ausgaben für Investitionen, Bildung und die soziale Daseinsvorsorge zu kompensieren. Gerade eine Ausweitung und Verstärkung der öffentlichen Investitionen und der Bildungsausgaben sind aber die Grundlage für eine positive Wirtschaftsentwicklung.

Keine gerechte Familienförderung

Die geplante Anhebung der Freibeträge für Kinder und des Kindergelds entspricht nach einhelliger Expertenmeinung weder den Anforderungen einer gerechten Familienförderung noch denen einer effektiven Wachstumsförderung. Dies liegt daran, dass von der deutlichen Anhebung der Freibeträge vor allem Besserverdienende profitieren. Aber auch die Erhöhung des Kindergelds erreicht nicht alle Familien. Um den Familien zu helfen, die dies am dringendsten brauchen, wäre deshalb eine Erhöhung der Kinderregelsätze in der Sozialhilfe erforderlich. Dies wäre auch ein effektiver Wachstumsbeitrag, da diese Familien das zusätzliche Einkommen nicht sparen, sondern vollständig konsumieren würden.

Reine Klientelbedienung

Die Absenkung der Umsatzsteuer für Übernachtungsleistungen in Hotels wird keinerlei positive Wachstumswirkungen haben. Nach aller Erfahrung kann von einer Weitergabe der Steuermäßigung an die Kunden und Beschäftigten nicht ausgegangen werden. Die Einführung dieser neuen Subvention birgt deshalb das Risiko hoher zusätzlicher Steuerausfälle.

Steuergestaltungsmöglichkeiten erweitert

Bei den Änderungen der Unternehmensbesteuerung geht es Schwarz-Gelb nicht um die Beseitigung krisenverschärfender Regelungen, sondern um die Rücknahme wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die Entlastungen bei der Unternehmensteuerreform 2008. Die Aufweichungen bei der Zinsschranke, bei der Verlustverrechnungsbeschränkung und bei der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen vergrößern die Spielräume für missbräuchliche Steuergestaltungen und erleichtern erneut Gewinnverlagerungen ins Ausland.

Bestand der Erbschaftsteuer gefährdet

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen der Regelungen zur Unternehmensnachfolge bei der Erbschaftsteuer werfen erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf. Danach geht die vorgesehene Verkürzung der Behaltens- und Lohnsummenfristen für das Betriebsvermögen so weit, dass die Anforderungen einer am Gemeinwohl orientierten und damit sachgerechten Privilegierung nicht mehr erfüllt sind. Die schwarz-gelbe Bundesregierung gefährdet damit durch die verfassungswidrige Überprivilegierung des Betriebsvermögens den Bestand des Erbschaftsteuergesetzes.

Widerstand in den Ländern und Gemeinden

Auch die Länder und Gemeinden haben ihre Probleme mit dem Gesetzentwurf, der sie mit hohen Steuerausfällen bedroht (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 1,1 Milliarden Euro jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 6 Milliarden Euro jährlich). Damit macht Schwarz-Gelb eindeutig kommunalfreundliche Politik. Die Kommunen können so nicht mehr zuverlässig ihre Aufgaben wie die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, den Ausbau der Kinderbetreuung, Bildung, Integration und eine gute Infrastruktur bewältigen. Das Gesetz soll am 18. Dezember im Bundesrat beraten werden. Wir unterstützen Rheinland-Pfalz und jedes andere Land, das den Etikettenschwindel des schwarz-gelben Gesetzes im Bundesrat verhindern will.

Änderungsantrag zur Verlängerung der Altersteilzeit

In einem Änderungsantrag zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz forderte die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung auf, die Förderung der Altersteilzeit über den 31. Dezember 2009 hinaus weiterzuführen. CDU/CSU und FDP haben es abgelehnt, dafür zu sorgen, dass jungen Arbeitnehmern über diese Beschäftigungsbrücke eine Perspektive ermöglicht wird. Nach dem von uns eingebrachten Gesetzentwurf soll die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre bis 2014 verlängert werden. Ältere Arbeitnehmer können auf dieser Rechtsgrundlage ab dem 55. Lebensjahr ihre Arbeitszeit mindern. Die Förderung ist an die Bedingung geknüpft, dass Unternehmen gleichzeitig Jüngeren den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Umbau der Jobcenter verantwortungslos

Schwarz-Gelb möchte die bewährte gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bund, Städte und Gemeinden aufgeben und auf getrennte Aufgabenwahrnehmung umstellen. Das heißt, die ARGEN und Optionskommunen müssen Ende 2010 aufgelöst werden. Für derzeit 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger bedeutet das, sie müssen zu zwei Behörden gehen, müssen zweimal Anträge stellen, ihre Akten müssen zweimal geprüft werden und sie bekommen zwei Bescheide. Und das in einer Zeit, in der es wichtig wäre, bestehende Strukturen zu stabilisieren.

Hintergrund für die Entscheidung ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund für verfas-

ungswidrig erklärt hat, weil das Grundgesetz eine Zusammenarbeit von Kommunen und Bund nicht vorsieht. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31. Dezember 2010. Dann haben die ARGEN und die Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr. Da sich diese Strukturen aber als intakt und arbeitsfähig erwiesen haben, sollte eine Möglichkeit gefunden werden, mit einer Grundgesetzänderung die Modelle zu erhalten. Die Fraktion hat in ihrer Sitzung am 1. Dezember dazu zwei Gesetzentwürfe beschlossen. Die Gesetzentwürfe basieren auf dem noch von Olaf Scholz mit den Ländern ausgehandelten Vorschlag. Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder hatten im März diesem Vor-

schlag zugestimmt, ebenso das CDU-Präsidium. Wer nicht zugestimmt, war die CDU/CSU-Fraktion. Damit scheiterte eine vernünftige Lösung in einer für den Arbeitsmarkt schwierigen Zeit. Die neue schwarz-gelbe Regierung widersteht nun auch wieder einer vernünftigen Lösung und strebt einen Weg an, der die Arbeitsvermittlung auf unverantwortliche Weise erschwert.

Die Bundesländer haben sich vergangene Woche auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz mit einem eindeutigen Votum für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, die die Einrichtung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung auf eine grundgesetzlich feste Grundlage stellt. Die Bundesregierung täte gut daran, auf die

Länder zu hören. Mit den Gesetzentwürfen werden die Voraussetzungen geschaffen, damit für die Träger Bundesagentur für Arbeit und Kommunen auch künftig die Aufgaben gemeinsam wahrgenommen werden können. Dazu werden so genannte „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ als Anstalten des öffentlichen Rechts errichtet, in denen die Träger ihre Kompetenzen bündeln und die Hilfen einheitlich erbringen. Die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger bleiben für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben verantwortlich. Durch klare Aufsichtsstrukturen ist Transparenz für den Bürger und die Möglichkeit der Zuordnung der Verantwortung für die einzelnen Leistungen gegeben.

Forderungen für Klimakonferenz in Kopenhagen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung auf der 15. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen als Ergebnis einen Beschluss über ein rechtlich verbindliches Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll ab 2013 herbeizuführen. Dazu hat der Bundestag am 3. Dezember unseren Antrag „Die Klimakonferenz in Kopenhagen zum Erfolg führen – Deutschlands und Europas Vorreiterrolle nutzen und stärken“ beraten. Kernforderungen sind: die Zusage der europäischen Union ihre Treibhausgasemission um 30 Prozent zu reduzieren, und die Bereitstellung von 30 Milliarden Euro für die Entwicklungsländer.

Die Klimakonferenz darf nicht scheitern. Dem Klimawandel muss jetzt Einhalt geboten werden, um die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten. Nur so können die schlimmsten Folgen abgemildert werden. Schon jetzt sind vor allem die armen Regionen vom Klimawandel



Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung ein verbindliches Nachfolge -Abkommen zum Kyoto-Protokoll.

betroffen, den sie selbst nicht verursacht haben. Wir fordern von Bundeskanzlerin Merkel, ihr Bekenntnis von 2007 zu einer gerechten Verteilung anhand der

Die Vorreiterrolle Deutschlands und Europas darf nicht verspielt werden. Unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier rief Merkel dazu auf, in Kopenhagen keine „Rote-Teppich-Show“ abzuhalten. Auch im Verhältnis zu den USA müsse die Bundesregierung mutiger sein. Doch dazu gehören ernsthafte Maßnahmen ins Konferenzgepäck der Kanzlerin. Diese sind bislang nicht bekannt oder fehlen komplett, was der neue Umweltminister mit schönen Worten fleißig vernebelt. Die Bundesregierung muss dafür eintreten, dass in Kopenhagen vereinbart wird, dass die Industriestaaten im Vergleich zu 1990 ihren Treibhausgasausstoß um mindestens 25 bis 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 reduzieren. Ebenso sollen die Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Emissionen bis 2020 um 15 bis 30 Prozent unter den heute zu erwartenden Trend senken. Die am wenigsten entwickelten Länder sind davon auszunehmen.



Ostfriesen besuchten die Hauptstadt

Auf Einladung von Garrelt Duin besuchten 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Landkreis Aurich und der Stadt Emden die Bundeshauptstadt. Die Ostfriesen besuchten die SPD-Parteizentrale „Willy-Brandt-Haus“, das Bundesministerium für Gesundheit sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Während einer Stadtrundfahrt, die sich an politischen Gesichtspunkten orientierte, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlichste Eindrücke gesammelt. Das Programm führte die Besuchergruppe weiter in die ehemalige Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) in der Normannenstraße in Berlin-Lichterfelde. Ein weiterer Punkt war der Besuch der Erlebnisausstellung „The Story of Berlin“. Die Ausstellung präsentierte den Ostfriesen eine spannende Reise durch 800 Jahre Stadtgeschichte. Ein Highlight war die Teilnahme an einer Sitzung des Deutschen Bundestages. Nach dem anschließenden Gespräch mit Garrelt Duin genossen sie den Ausblick von der Kuppel des Reichstages.

Termine

- **10. Dezember 2009**
Weihnachtsfeier und Belegschaftsversammlung SPD-Bezirk Weser-Ems. Bramsche, 12.30 Uhr
- **10. Dezember 2009**
Ehrungen im SPD-Ortsverein Greetsiel, 18.30 Uhr
- **14. bis 18. Dezember 2009**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
- **14. Dezember 2009**
Sitzung des SPD-Parteivorstands. Willy-Brandt-Haus, 11 Uhr
- **14. Dezember 2009**
Sitzung „Küstengang“ der SPD-Bundestagsfraktion, 19 Uhr



Kürzlich ehrte Garrelt Duin Eduard Buss aus Norden für seine 60jährige verdienstvolle Mitgliedschaft im Stadtverband. Auf dem Foto sind zu sehen (von links nach rechts): Harm-Udo Wäcken, Eduard Buss, Garrelt Duin und Albert Weerda.

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030 - 227 - 70145
 Fax: 030 - 227 - 76445
 garrelt.duin@bundestag.de
 www.garreltduin.de